

VERKEHR

Bündnis für frische Luft

Eine ungewöhnliche Koalition aus Umweltverbänden, Kinderschutzbund, Umweltbundesamt sowie den konkurrierenden Verkehrsclubs ADAC und VCD will die deutschen Autohersteller drängen, serienmäßig Rußfilter in Dieselaautos einzubauen. Mit „Aufsehen erregenden Aktionen“ will die von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) gegründete Initiative „Kein Diesel ohne Filter“ die „Blockadehaltung der deutschen Automobilindustrie überwinden“, so DUH-Geschäftsführer Jürgen Resch. Bislang verkaufen nur Peugeot, Fiat und Citroën einige ihrer Modelle serienmäßig mit Filter; deutsche Hersteller argumentieren, die Technik sei nicht ausgereift oder zu teuer. Fachleute halten die mikroskopisch feinen Rußpartikel wegen des anhaltenden Booms von Dieselfahrzeugen für das derzeit gravierendste Abgasproblem im Autoverkehr. Diesel-Emissionen gelten als zehnmals Krebs erregender als Abgase von Benzinmotoren; sie belasten besonders stark die Atemwege



Mutter mit Kleinkind im Straßenverkehr

von Kindern. Nach den Vorstellungen der Initiative sollen die Rußfilter, die die Schwebstoffe zu 99 Prozent aus den Abgasen holen, vom Staat mit 300 Euro bei Neuwagen und mit 600 Euro bei der Nachrüstung von Altfahrzeugen gefördert werden. In ihrem Koalitionsvertrag hat die rot-grüne Bundesregierung „steuerliche Anreize“ mit dem Ziel der breiten Einführung des Partikelfilters bereits in Aussicht gestellt – jedoch nur im Rahmen einer europäischen Lösung.



Merkel, Stoiber

CHRISTDEMOKRATEN

Harter Gegenkurs?

In der CDU wächst der Unmut über den vorsichtigen Kurs von Parteichefin Angela Merkel. Nach Merks Erzrivalen Friedrich Merz fordern jetzt auch andere prominente Führungsmitglieder mehr Mut zu einem Gegenkurs zur Regierung. Angesichts der dramatischen Krise des deutschen Sozialstaatsmodells müsse die Union endlich „glaubwürdige inhaltliche Konsequenzen ziehen“, forderte der frühere Verkehrsminister Matthias Wissmann vergangene Woche im CDU-Bundesvorstand. Der Wirtschaftsexperte übte zugleich scharfe Kritik am Wahlprogramm des unterlegenen Unions-Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber. Des-

sen weich gespültes Konzept sei „an der untersten Kante des Notwendigen formuliert“ gewesen. Die Welle der Empörung über die verheerende Steuer- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung werde, so Wissmann, im kommenden Frühjahr „alle Parteien“ erfassen. Mehrere CDU-Präsidiumsmitglieder

schlossen sich der Kritik an. „Der Zeitpunkt für Reparaturen ist verpasst“, sagte Merks Stellvertreter Christoph Böhr. Die CDU müsse ein Konzept für einen radikalen Systemwechsel in der Sozialpolitik vorlegen. „Wir haben zu lange die SPD-Idee des alle umsorgenden Staates weitergeführt“, mahnt auch der brandenburgische Innenminister und CDU-Präsident Jörg Schönbohm. „Ich erwarte von der Union, dass wir uns zu mehr Eigenverantwortung bekennen.“ Vor zu großen Grausamkeiten warnte indes in der Vorstandssitzung CDU-Vize Christian Wulff – er will im Februar die Landtagswahl in Niedersachsen gewinnen. Die Situation vieler Familien sei schon bedrückend genug, so Wulff: „Denen kann man nicht mit einer Blut-, Schweiß- und Tränen-Rede kommen.“

PARTEISPENDEN

Heißes Geld

Eine schnelle Rücküberweisung hat die CSU davor bewahrt, in die Spendenaffäre ihres ehemaligen Parteimitgliedes und bayerischen Landtagsabgeordneten Klaus Gröber verwickelt zu werden: Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) erklärte die Prüfung des Falles vergangene Woche für abgeschlossen, Hinweise auf einen Verstoß gegen das Parteiengesetz hätten sich nicht bestätigt. Gröber hatte Mitte der neunziger Jahre von einem befreundeten Unternehmer aus seiner Heimatgemeinde Berg 100 000 Mark angenommen. Als dieser im Sommer erklärte, seine Spendenliste sei versehentlich ins Internet gelangt, überwies Gröber die Summe flugs an die Partei. Die CSU aber gab das heiße Geld prompt zurück, um nicht in die Affäre verwickelt zu werden. Gröber hatte behauptet, er habe das Geld all die Jahre in einem Tresor aufbewahrt. Die Staatsanwaltschaft München hatte in diesem Zusammenhang vor kurzem



Ex-CSU-Abgeordneter Gröber

ein Ermittlungsverfahren gegen den Abgeordneten wegen „veruntreuender Unterschlagung“ aufgenommen, dann aber wieder eingestellt, weil die Tat bereits verjährt sei.